



Niederschrift

3. Plenarsitzung des Gemeinderates
22. Oktober 2024, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 11 der Tagesordnung: Weiteres Vorgehen E-Scooter - Verlängerung öffentlich-rechtlicher Vertrag

Vorlage: 2024/0969

Punkt 11.1 der Tagesordnung: Weiteres Vorgehen E-Scooter - Verlängerung öffentlich-rechtlicher Vertrag

Interfraktioneller Ergänzungsantrag: GRÜNE, Volt

Vorlage: 2024/0969/1

Punkt 23 der Tagesordnung: Abstellflächen für E-Scooter

Antrag: CDU

Vorlage: 2024/1043

Beschluss:

Kenntnisnahme

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Zustimmung (48 Ja)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkte 11, 11.1 und 23 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Planungsausschuss am 17. Oktober 2024.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Im Jahr 2019 gab es mit der Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung vielleicht das letzte Geschenk von Minister Andreas Scheuer an die Kommunen, indem großzügig diese E-Scooter im öffentlichen Raum verteilt werden durften, mal gucken, ob das irgendwie Probleme gibt, wer sich am Ende damit dann herumschlagen darf. Genau an die Städte vor allem war dieses Geschenk dann gerichtet, vielleicht auch unbewusst - ich will eigentlich keine Absicht unterstellen - genau die Städte, in denen der Platz schon durchaus sehr eng ist und wo die Streitfragen um Mobilität und um die gerechte Verteilung des öffentlichen Raums wirklich die großen Fragen gerade sind. Da ist jetzt noch eine zusätzliche Herausforderung hinzugekommen.

Und jetzt, fünf Jahre später, reden wir immer noch darüber, wie wir damit denn sinnvollerweise umgehen wollen. Die Stadt Karlsruhe hat in mehreren Schritten sich auch herangetastet, es erst einmal so laufen lassen, weil man noch gar nicht wusste, was man damit tun

soll, dann einen öffentlich-rechtlichen Vertrag geschlossen, den wir auch heute verlängern wollen und werden, denke ich, um in einem kooperativen Verfahren mit diversen Anbietern sich auf gemeinsame Regeln, auf Ausschlusszonen etc. zu vereinen. Andere Städte, die einen ähnlichen Weg gegangen sind, sind aber vielleicht schon ein bisschen schneller vorangegangen und haben gesagt, diese Gewinnerzielungsabsicht durch private Unternehmen im öffentlichen Raum ist eigentlich als eine Sondernutzung einzustufen. Die wird durch die Stadt dann mit Gebühren belegt. Da gibt es auch eine stärkere Rolle durch die Stadt, Regeln zu setzen, denen sich die anbietenden Unternehmen dann zu unterwerfen haben, in Anführungsstrichen, ohne dass man ganz viel im Vorfeld dazu aushandelt.

Wir sehen eigentlich die Zeit gekommen, dass wir uns auch in Karlsruhe auf diesen Weg begeben. Deswegen haben wir den Änderungsantrag gestellt. Vielen Dank an die Stadtverwaltung, dass sie diesen Arbeitsauftrag aufnimmt. Wir sehen jetzt noch nicht, was am Ende herauskommt. Das ist aber auch klar. Ich meine, sonst hätten wir auch sofort sagen können, wir beschließen heute eine Satzung, aber so weit sind wir noch nicht. Die Zeit werden wir uns nehmen im nächsten Jahr. Aber es ist durchaus so, dass vielleicht auch noch ein gewisser Gewöhnungseffekt eingetreten ist. Man hat sich daran gewöhnt, dass die Fahrzeuge in Grünstreifen liegen, auf Gehwegen stehen, man keinen Platz mehr hat, aber es ist mitnichten so, dass es keine Beschwerden mehr gibt und dass es überall reibungslos läuft. Ich denke, es gibt andere Städte wie beispielsweise Stuttgart, die vielleicht ein positiveres Beispiel gesetzt haben, wie man das ganze Thema etwas mehr im Zaum halten kann. Ich denke, die Erfahrungen wird auch die Karlsruher Verwaltung nutzen können, um eine eigenständige Regelung dann erarbeiten und vorschlagen zu können.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Wir brauchen nicht darüber hinwegtäuschen, dass E-Scooter für die heutige moderne Mobilität in einer Großstadt nicht wegzudenken sind. Es geht in der Tat nur um die Frage, wie wir das organisieren. Da habe ich bei unserer Verwaltung das Gefühl, dass man sich in einem Prozess des Aneinander-Herantastens auf das zubewegt, was natürlich erforderlich ist. Die Abstellung der E-Scooter muss verkehrssicher vor allem für den ruhenden Verkehr, den Fußgängerverkehr, erfolgen. Da ist es jetzt so, die Wahrnehmung verschiedener Kreise in der Stadt sind unterschiedlich. Die Bürgervereine sind einerseits skeptisch, das nehmen wir zur Kenntnis, aber auch die Stellungnahme der Verwaltung darf nicht übersehen werden, die sagt, das Beschwerdeaufkommen nimmt ab. Das ist auch ein Moment, der für uns, die CDU-Fraktion, wichtig ist.

Wir haben uns die Mühe gemacht, selbst Kontakt mit einem der Anbieter aufzunehmen und haben durchaus den sicheren Eindruck, dass sie sehr vernünftig ein Eigeninteresse daran haben, diese Dinge so zu korrigieren, dass alle Seiten miteinander auch gut leben können. Deshalb schlagen wir als CDU vor, dass man die nächsten Monate nutzt, um in einer Art nicht-offiziellen Monitoring wirklich zu klären, welche Gefühlslage nun zutrifft oder nicht. Ob denn die Sondernutzung das Heilmittel sein wird, das wage ich zu bezweifeln. Es gibt auch Erfahrungen mit Sondernutzungen, die das Thema nicht in den Griff gekriegt haben. Also da warten wir einfach ab, und ich finde es auch richtig, dass die Verwaltung in Aussicht gestellt hat, dass sie darauf hinarbeiten und uns aufzeigen wird, welcher Weg sich dann auch als Trend durchsetzen wird.

Vielleicht noch ein Dank an die Verwaltung, dass unser Antrag zu den Abstellorten für diese E-Scooter mit in die Diskussion aufgenommen wurde. Es ist nämlich genau der Punkt, um den es auch geht. Wir brauchen an kritischen Stellen auch ausreichende Flächen, damit

man wirklich nicht behindernd, verkehrsgerecht sein E-Scooter-Fahrzeug ohne Probleme abstellen kann. So haben wir das empfohlen, und die Verwaltung nimmt es auf. Die CDU, glaube ich, darf positiv dieser Entwicklung entgegensehen.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): E-Scooter sind einerseits ein modernes, zeitgemäßes Verkehrsmittel. Andererseits sind sie bei nicht sachgerechter Nutzung, beziehungsweise einem nicht sachgerechten Abstellen, ein Ärgernis für Bürgerinnen und Bürger, und entsprechend gibt es Beschwerden. Auf Themen kann man unterschiedliche Perspektiven haben. Wir haben es auch im zuständigen Ausschuss angesprochen. Aus unserer Sicht ist der Weg, den die GRÜNEN jetzt in Form eines Antrags beantragt haben, der richtige Weg, dem Ganzen eine Struktur zu geben, wie es auch in anderen Städten vorgelebt wird. Wir werden jetzt der Vorlage auch in der Form aufgrund der zeitlichen Dringlichkeit ohne weiteres zustimmen. Wir sehen dazu auch keine Alternative.

Nichtsdestotrotz sollte das nächste Jahr dazu genutzt werden, gern auch im Dialog mit den Anbietern, hier eine Lösung zu finden. Ganz ohne Steuerung und Reglementierung geht es aus unserer Sicht nicht. Dazu gibt es verschiedene Möglichkeiten, sei es GPS-gesteuerte Tracking-Möglichkeiten, das von der CDU eingebrachte Thema einer adäquaten Ausweitung von Abstellflächen. Das ist alles ein guter Weg. Wir haben hier ein neues Verkehrsmittel oder vergleichsweise neues Verkehrsmittel, aber auch hier müssen wir bei einem limitierten öffentlichen Raum einen adäquaten Umgang finden, und entsprechend gehen wir den Weg jetzt wie vorgeschlagen auch mit.

Stadtrat Schnell (AfD): Mit der Vorlage der Stadt haben wir die Hoffnung, dass die in vielen Orten der Stadt unzumutbaren Zustände durch achtlos abgestellte E-Scooter künftig der Vergangenheit angehören werden. Seit Aufnahme der Gespräche zwischen Stadt und den Anbietern November 2021 ist viel Zeit vergangen, aber ich denke, das jetzt vorliegende Ergebnis kann sich sehen lassen. Das Ganze steht und fällt jedoch damit, dass sich Anbieter entsprechend an eine Vereinbarung halten und die Stadt darauf konsequent ihr Augenmerk richtet und somit ein Laissez-faire gar nicht erst einreißen lässt, wie wir es etwa in der Vergangenheit zum Beispiel hinsichtlich Fehlwürfen in die Wertstofftonne erlebt haben und in denen inzwischen rund die Hälfte des Inhalts eigentlich in den Restmüll sollte. Also Zustimmung von unserer Seite mit der eindringlichen Aufforderung an die Stadt, die Einhaltung des Regelwerkes konsequent durchzusetzen.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW): Die Leih-E-Scooter sind in der Mitte von der Stadt angekommen. Sie sind ein absolut sinnvoller Bestandteil des urbanen Mobilitätsmixes. Sie sind eine ideale Ergänzung des ÖPNV für die letzte Meile. Ich danke der Stadt für die Tischvorlage und auch die vorgelegten Fakten. Die Beschwerden nehmen ab, die Gespräche mit den Anbietern sind fruchtbar. Ich selbst habe auch schon mit einigen Anbietern im Bereich Durlach gesprochen. Die sind äußerst kooperativ. Ich darf warnen vor zu viel Regulierung, dieses moderne, flexible System kaputt zu regulieren. Feste Stellplätze mögen da Sinn machen, wo wir eine starke Frequenz haben, wie am Hauptbahnhof oder direkt in der Innenstadt. Aber feste Stellplätze in den Stadtteilen sind auch deswegen abzulehnen, weil natürlich die Berufstätigen von der Tram-Haltestelle mit dem E-Scooter zu ihrem Betrieb fahren sollen, weil sie in Durlach von der Tram-Haltestelle in die Wohngebiete fahren können und sollen, oder von der Tram zur Berufsschule. Ich war heute Morgen an der Elisabeth-Selbert-Schule. Da standen 15 E-Scooter fein in Reih und Glied dort von den Schüler*innen

aufgestellt, es funktioniert. Deswegen werbe ich um das Wohlwollen und die freie Wahl der Mobilität auch in Zukunft.

Ich begrüße die Vorlage der Stadt. Der Antrag der GRÜNE und Volt werden wir als überstarke Regulierung heute ablehnen.

Stadtrat Gaukel (Volt): Erst einmal auch danke für die Ausarbeitung des Rahmenvertrages, danke den GRÜNEN für den Antrag, den wir mitzeichnen durften, aber auch danke an die CDU für ihren Ergänzungsantrag. Ja, die Roller, definitiv, die gehören zum Stadtbild, sind nicht mehr wegzudenken. Ich würde aber tatsächlich das eher negativ sehen. Leider sind vor allem die negativen Bilder, die man mit denen in Verbindung bringt, nicht mehr wegzudenken. Ich glaube, es gibt wenige Menschen, die erst einmal positive Assoziationen haben, wenn sie an E-Scooter in der Stadt denken. Das finde ich sehr schade, und das ist definitiv etwas, was wir angehen müssen, weil sie damals versprochen wurden. Ich glaube, sie können auch dieser Bestandteil eines multimodalen Aspekts in der Mobilität sein, aber bisher sind sie das nicht, weil meistens sind es schon eher Spielereien, vielleicht Sachen, die dann mal im See, im Fluss oder woanders landen und dann doch leider ein Ärgernis für viele Bürgerinnen und Bürger sind.

Da hat sich aber in den letzten Jahren auf jeden Fall viel gebessert, auch da vielen Dank für die Bemühungen. Ob jetzt die Beschwerden nur heruntergegangen sind, weil es besser wurde oder auch, weil die Leute sagen, es bringt nichts, sich zu beschweren, gab es dann auch die Einsprüche. Ich glaube schon, dass es besser geworden ist. Ich glaube, es lässt sich nicht wegdiskutieren. Und dass wir heute diese Diskussion haben, Anträge haben, um das weiter zu verbessern, zeigt auch, dass Beschwerden ankommen. Es ist auch wichtig, dass wir diese Datengrundlage haben, wo geht es denn hin.

Bußgelder, letztes Jahr gab es 700. Ich bin auf die Zahlen für dieses Jahr gespannt, weil die beste Regel bringt nichts, wenn man sie am Ende nicht kontrolliert und dann auch durchsetzen kann. Aber was wir bisher getan haben, ist vor allem Symptombekämpfung, auch mit diesem Rahmenvertrag, wo wir darauf angewiesen sind, dass die Anbieter mit Wohlwollen das auch mitgehen. Von daher glaube ich, ist es sehr wichtig, dass wir diese Satzung dann auch ausarbeiten. Ich bin mir auch sicher, da wird die Stadt eine sehr gute Vorlage machen, dass sie auch nicht die in der Stellungnahme angegebenen negativen Konsequenzen hat.

Von daher, lasst uns nicht nur die Symptome bekämpfen, sondern an die Ursache gehen und uns dann nächstes Jahr über eine tolle neue Satzung freuen.

Stadtrat Haug (KAL): Uns geht es vor allem um die abgestellten E-Scooter. Ich kann nicht erkennen, dass die Situation der geparkten Roller sich grundlegend geändert hat. Deswegen überrascht es mich doch sehr, dass die Tendenz der Beschwerden rückläufig sein soll. Ist nicht möglicherweise Resignation der Grund für den Rückgang der Beschwerden nach dem Motto, lässt sich eh nicht ändern? Wir meinen, die Situation muss sich noch deutlich verbessern. Es gibt nach wie vor die absurdesten Abstell-situationen, und manchmal frage ich mich, wie man auf solche Ideen kommt. Viele dieser E-Scooter sind echt gefährliche, oft unbeleuchtete Hindernisse.

Sie sagen, die Vereinbarung ist ausreichend, damit die Situation in den Griff zu bekommen, aber es gibt diese Missstände. Liegt es daran, dass die Kontrollen nicht ausreichend sind, oder ist die 24-Stunden-Reaktionszeit, beispielsweise für das Entfernen der geparkten Roller zu großzügig? Wie gesagt, es muss besser werden, aber vor allem, und das ist uns ganz wichtig, die Regeln, die in den Kerngebieten gelten, sollten auch auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet werden.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortmeldungen. Ich fasse zusammen. Die CDU betrachtet ihren Antrag als gut aufgenommen. Der Antrag von GRÜNEN und Volt führt dazu, dass wir rechtzeitig vor dem nächsten Auslaufen mit Ihnen über ein alternatives Modell diskutieren, wo wir ein Stück weit die Rechtsprechung abwarten wollen, wie sich das weiterentwickelt.

Und damit können wir die unveränderte Vorlage der Verwaltung heute zur Abstimmung stellen, und zwar ab jetzt. – Das ist einstimmige Zustimmung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
29. Oktober 2024